

Sitzungsvorlage öffentlich



Vorlage-Nr.:	VO/460/2007
Top-Nr.:	
Fachbereich:	Haupt- und Personalamt
Erstellt von:	Josef Himmelmann
Datum:	23.05.2007

Betreff:

Gründung einer Infrastrukturgesellschaft

Beratungsfolge:	
05.06.2007	Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss
19.06.2007	Rat der Stadt Olfen

Beschlussvorschlag:

Dem Beitritt zu einer Infrastrukturgesellschaft wird grundsätzlich zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte hierfür in die Wege zu leiten. Eine endgültige Beschlussfassung erfolgt nach Auswertung einer Marktanalyse und entsprechenden Wirtschaftlichkeitsberechnungen.

Begründung:

Es ist grundsätzlich darüber zu beraten, ob sich die Gemeinde – Wirtschaftlichkeit vorausgesetzt – an einer gemeinsamen Infrastrukturgesellschaft beteiligen soll. Der Gesellschaftszweck soll so ausgerichtet sein, dass grundsätzlich alle Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge abgedeckt werden, z. B. Aufgaben der Energie- und Wasserversorgung, der Entsorgung, ggf. bis hin zu Fragen der Telekommunikationsdienstleistungen.

Es ist daran gedacht, dass sich all diejenigen Gemeinden im Kreis Coesfeld an dieser Infrastrukturgesellschaft beteiligen, die keine eigenen Stadtwerke haben.

Die Städte und Gemeinden im Kreis Coesfeld, die keine eigenen Stadtwerke haben, nämlich die Gemeinden Ascheberg, Billerbeck, Havixbeck, Lüdinghausen, Nordkirchen, Nottuln, Olfen, Rosendahl und Senden, beabsichtigen, zukünftig stärker als bisher gemeinsame kommunale Daseinsvorsorge zu betreiben.

Es ist daran gedacht, eine Neuordnung in der Versorgung der Bevölkerung vorzunehmen.

Dazu ist beabsichtigt, eine Infrastrukturgesellschaft zu gründen, in der alle wirtschaftlichen Tätigkeiten zur Ver- und Entsorgung der neun Städte und Gemeinden gebündelt werden. Ziel ist es, durch interkommunale Zusammenarbeit eine optimale und kostengünstige Versorgung der Bürgerschaft sicherzustellen.

Erstes Ziel ist es, die Stromversorgung einschl. der Straßenbeleuchtung, die Gasversorgung sowie die Wasserversorgung zu rekommunalisieren.

Die beteiligten neun Städte und Gemeinden beabsichtigen, bei Ablauf der Konzessionsverträge die Netze in eine eigene Infrastrukturgesellschaft zu übernehmen. Ggf. sollen sich private Beteiligungspartner aus der Ver- und Entsorgungswirtschaft mit einer Beteiligungsquote von bis zu insgesamt 49 % an der gemeinsamen Infrastrukturgesellschaft beteiligen können.

Die technische und kaufmännische Betriebsführung könnte auch an fachkundige, zuverlässige und leistungsfähige Unternehmen aus der privaten Ver- bzw. Entsorgungswirtschaft fremd vergeben werden.

Folgende Ziele bzw. Vorteile können mit der Infrastrukturgesellschaft erreicht werden:

- Übernahme der Kommunalen Stromversorgung und Straßenbeleuchtung in überwiegend kommunale Hand,
- Aufbau von Versorgungsstrukturen und Schaffung von Arbeitsplätzen im Kreis Coesfeld,
- kommunalfreundliche Gestaltung des Strom-Konzessionsvertrages und des Straßenbeleuchtungsvertrages,
- Zahlung der Konzessionsabgabe (unverändert),
- Teilhabe am unternehmerischen Gewinn,
- gesicherte Eigenkapitalverzinsung,
- Einflussnahme auf die Investitionsentscheidungen (Netzausbau, Erdverkabelungen, Prioritäten, Kosten etc.),
- Einflussnahme auf die Gestaltung der Netznutzungsentgelte, der Baukostenzuschüsse und Stromtarife,
- Einflussnahme auf die Standards der Betriebsführung und die Unterhaltung der Stromnetze und der Straßenbeleuchtungsanlagen.

Folgende Maßnahmen sind bis zum Herbst, spätestens bis zum Jahresende 2007 vorgesehen:

- Interkommunale Abstimmung über die geplante Geschäftstätigkeit der gemeinsamen Gesellschaft,
- Marktanalyse der neun Kommunen,
 - Gelegenheit zur Stellungnahme zur Marktanalyse für Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der einschlägigen Gewerkschaften,
 - Erstellung von Wirtschaftlichkeitsberechnungen,
 - Entwurf eines GmbH-Vertrages für die gemeinsame kommunale Infrastrukturgesellschaft,
 - Ratsbeschlüsse in jeder Stadt bzw. Gemeinde zur Gesellschaftsgründung,
 - Anzeige der Gesellschaftsgründung und der Beteiligung an der Gesellschaft bei der Kommunalaufsicht,
 - Abschluss des GmbH-Gesellschaftsvertrages und Besetzung der Organe der Gesellschaft (Geschäftsführung, fakultativer Aufsichtsrat).

Nach § 46 EnWG sind die Städte und Gemeinden verpflichtet, zwei Jahre vor Ende eines Konzessionsvertrages dies im Bundesanzeiger bekannt zu geben. Die Gemeinden Rosendahl, Olfen, Senden, Lüdinghausen und Ascheberg haben dies bereits in Bezug auf Strom, einige auch für Gas getan.

Alle angesprochenen Gemeinde habe eine Checkliste erhalten, mit der sie die betriebswirtschaftlichen Daten, die bilanziellen Daten (Anschaffungs- und Herstellungskosten, vereinnahmte und noch nicht aufgelösten Baukostenzuschüsse etc.) sowie die technischen Daten bei ihrem jetzigen Versorger abfragen können. Diese Daten sind Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeitsberechnung.

Zu Rechtsfragen der zulässigen wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden sieht der Referentenentwurf zum zukünftigen § 107 GO NW vor : „Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wennbei einem Tätigwerden **außerhalb** der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der dringende öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.“ Nach dieser Formulierung kann nach heutigem Kenntnisstand davon ausgegangen werden, dass der beabsichtigten Zusammenarbeit keine rechtlichen Hinderungsgründe entgegenstehen.

Aufgrund einer gemeinsamen Vereinbarung unter den Städten und Gemeinden ist festgelegt worden, dass die Gemeinde Ascheberg erstens mit der Federführung bei der Gesellschaftsgründung und der Verhandlungsführung beauftragt wird und zweitens, dass die Gemeinde Ascheberg einen Rechtsanwalt für die rechtliche Beratung sowie eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die energiewirtschaftliche Beratung beauftragt. Begleitet wird dieser Prozess durch eine Arbeitsgruppe, in der Vertreter aus den Städten und Gemeinden Olfen, Rosendahl und Senden vertreten sind.

Es ist beabsichtigt, für einen ersten Teilschritt die in der Informationsveranstaltung am 14.5.2007 in Senden vortragenden Rechtsanwälte mit den energiewirtschaftlichen Beratungen zu beauftragen.

Der Auftrag umfasst die indikative Kaufpreisermittlung der Stromnetze, die Erstellung eines Zeit- und Maßnahmeplans, eine Marktanalyse, eine Auswertung der Stellungnahmen zur Marktanalyse sowie die Durchführung einer gemeinsamen Informationsveranstaltung für alle Städte- und Gemeinderäte gleichzeitig.

Die für die Beratung anfallenden Kosten werden von allen beteiligten neun Städten und Gemeinden zu gleichen Teilen getragen. Sie betragen für jede Gemeinde rund 2.250,-- €

Eine Beschlussfassung über die tatsächliche Gründung der Infrastrukturgesellschaft soll den Städte- und Gemeinderäten nach durchgeführter und erläuterter Marktanalyse sowie Wirtschaftlichkeitsberechnung vorgeschlagen werden.

Anlage

Die in der Informationsveranstaltung zugesagten Unterlagen werden nachgereicht, sobald sie der Stadt Olfen vorliegen.

Bürgermeister